

Richtlinien
des Landkreises -Kreisjugendamt- Kelheim
zur Vollzeitpflege
nach dem SGB VIII
vom 01.12.2020
geändert zum 01.01.2021

1. Geltungsbereich

Die Richtlinien gelten für junge Menschen, für die Hilfe zur Erziehung nach den §§ 27, 33 SGB VIII gewährt wird. Sie regeln den Unterhalt des jungen Menschen in

- Vollzeitpflege (s. Abschnitt 2),
- Vollzeitpflege in Form von Wochenpflege (s. Abschnitt 3),
- Sonderpflege (s. Abschnitt 4).

Bei der Fallgestaltung nach § 35 a SGB VIII und § 41 SGB VIII und in Bereitschaftspflege nach § 42 SGB VIII (s. Abschnitt 5) werden entsprechende Leistungen gewährt.

Im Hinblick auf einen möglichen Zuständigkeitswechsel (z.B. Umzug oder § 86 Abs. 6 SGB VIII) hat ein Jugendamt vor Belegung einer Pflegestelle im Gebiet einer anderen Gebietskörperschaft eine vorherige Absprache mit dem örtlich zuständigen Jugendhilfeträger zu treffen. Die dort geltenden Pflegepauschalen und sonstigen Leistungen sind anzuerkennen (§ 39 Abs. 4 Satz 5 SGB VIII).

2. Vollzeitpflege

2.1 Beurteilung im Rahmen des Hilfeplans

Vor Beginn einer Vollzeitpflege erfolgt im Rahmen einer sozialpädagogischen Diagnose eine Beurteilung des erzieherischen Bedarfs nach der individuellen Situation des jungen Menschen. Die Beurteilung ist Bestandteil des Hilfeplans. Nur bei besonders verhaltensauffälligen Kindern erfolgt die Anwendung des Diagnostikbogens.

2.2 Leistungen zum Unterhalt

§ 39 SGB VIII verpflichtet dazu, bei Vollzeitpflege nach § 33 SGB VIII den notwendigen Unterhalt des jungen Menschen außerhalb des Elternhauses sicherzustellen. Der Unterhalt umfasst den gesamten Lebensbedarf einschließlich der Kosten der Erziehung. Die laufenden Leistungen sind auf der Grundlage der tatsächlichen Kosten in angemessenem Umfang zu gewähren. Dem altersbedingten unterschiedlichen Unterhaltsbedarf von jungen Menschen wird durch die Staffelung der Beträge nach Altersgruppen unter analoger Anwendung des § 1612 a Abs. 1 BGB (bis zur Vollendung des 6. Lebensjahres - vom 7. bis zum vollendeten 12. Lebensjahr - ab dem 13. Lebensjahr) mit der monatlichen Pflegepauschale Rechnung getragen.

2.2.1 Unterhaltsbedarf

Der Unterhaltsbedarf deckt den gesamten regelmäßig wiederkehrenden Lebensbedarf des jungen Menschen unter Berücksichtigung eines durchschnittlichen Anteils am Lebensstandard der Pflegefamilie. Darin sind insbesondere der Aufwand für Unterkunft, Verpflegung, Ergänzung der Bekleidung und der Aufwand für sonstige Bedürfnisse des jungen Menschen

(z.B. Verzehr außer Haus, Taschengeld, Friseur, Pflegemittel, Telefon, kleinere Reisen, Reparaturen, Vereinsbeiträge, Versicherungsbeiträge¹, Kraftfahrzeugmitbenutzung) enthalten. Dem altersbedingten unterschiedlichen Unterhaltsbedarf von jungen Menschen wird durch die Staffelung der Beträge nach Altersgruppen unter analoger Anwendung des § 1612a Abs. 1 BGB Rechnung getragen. Die zweite Altersstufe entspricht 100 % des Mindestunterhalts. Dieser beläuft sich 2021 auf 451 €.²

Für die Kindergeldanrechnung gilt § 1612 b Abs. 1 BGB, wobei die Erhöhung des Kindergeldes zum 01.01.2021 auf 219 € ebenfalls berücksichtigt wird:

1. Altersstufe: 87 % von 451 € = 393 € abzgl. 109,50 € Kindergeldanteil = 283,50 €
2. Altersstufe: 100 % von 451 € = 451 € abzgl. 109,50 € Kindergeldanteil = 341,50 €
3. Altersstufe: 117 % von 451 € = 528 € abzgl. 109,50 € Kindergeldanteil = 418,50 €

2.2.2 Kosten der Erziehung

Der Erziehungsbeitrag soll den Pflegeeltern die geleistete Erziehung entgelten. Er ist kein Lohn im üblichen Sinne. Die Pflegeeltern können darüber frei verfügen.

Bei der Höhe des Erziehungsbeitrages werden die Empfehlungen des Deutschen Vereins für die Bemessung der monatlichen Pauschalbeträge in der Vollzeitpflege mit berücksichtigt.³ Der Erziehungsbeitrag wird auf 350 € pro Monat festgesetzt. Diese Erhöhung des Erziehungsbeitrags ist als Anerkennungsleistung der Vollzeitpflege gekoppelt an die Erhöhung der laufenden Geldleistung für die Kindertagespflege durch den örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe

2.3 Höhe der Pflegepauschale⁴

Die monatliche Pflegepauschale beträgt 01.01.2021:

Altersstufe	Unterhaltsbedarf	Erziehungsbeitrag	Pflegepauschale
0 – vollendetes 6. Lebensjahr	283,50 € x 2 = 567 €	350 €	917 €
7. – vollendetes 12. Lebensjahr	341,50 € x 2 = 683 €	350 €	1.033 €
Ab 13. Lebensjahr	418,50 € x 2 = 837 €	350 €	1.187 €

Auf die Pflegepauschale ist das Kindergeld nach § 39 Abs. 6 SGB VIII anzurechnen.

Sofern es sich um ein Kurzzeitpflegeverhältnis handelt, bei dem kein Kindergeldanspruch

¹ Kosten einer Haftpflichtversicherung für die Pflegekinder sind vom Unterhaltsbedarf grundsätzlich abgedeckt. Das Jugendamt kann die Risiken einer Haftung durch Abschluss einer Sammelhaftpflichtversicherung für Pflegekinder absichern.

² Ab dem 1.1.2016 richtet sich der Mindestunterhalt gemäß § 1612a Abs. 1 Satz 2 BGB unmittelbar nach dem steuerfrei zu stellenden sächlichen Existenzminimum des minderjährigen Kindes. Über die Höhe legt die Bundesregierung alle zwei Jahre einen Bericht vor. Der konkrete Betrag wird dann alle zwei Jahre durch Rechtsverordnung des BMJV festgelegt.

³ Abgestellt wird auf die Empfehlungen des Deutschen Vereins mit Stand 11.09.2019 von 248 € pro Monat.

⁴ Behandlung der Pflegepauschale im Steuerrecht:

Bei der Pflegepauschale handelt es sich nicht um eine steuerpflichtige Einnahme aus einer „sonstigen selbständigen Tätigkeit“ im Sinne des § 18 Abs.1 Nr.3 Einkommensteuergesetz (EStG). Die Vergütung ist prinzipiell steuerfrei (§ 3 Nr. 11 EStG). Nicht darunter fallen allerdings Platzhaltekosten und Bereitschaftsgelder. Bei einer Betreuung von bis zu sechs Kindern ist ohne weitere Prüfung davon auszugehen, dass die Pflege nicht erwerbsmäßig betrieben wird. (BMF, IV C 3 - S 2342/07/0001 – DOK 2007/0530302).

gegenüber der zuständigen Familienkasse besteht, findet eine Anrechnung des Kindergeldes nach § 39 Abs. 6 SGB VIII nicht statt. Es wird, um einen Ausgleich zu anderen Pflegeverhältnissen zu schaffen, in diesen Fällen zusätzlich zur monatlichen Pflegegeldpauschale ein Aufstockungsbetrag in Höhe des hälftigen Erstkindergeldes gewährt. Ein solcher Aufstockungsbetrag wird längstens für sechs Monate vom Jugendamt übernommen. Einzelfallentscheidungen stehen im Ermessen des Jugendamtes und bleiben hiervon unberührt.

Diese Beträge sind bei gesetzlicher Veränderung des Mindestunterhalts automatisch entsprechend anzupassen (vgl. 2.2.1).

2.4 Unfallversicherung und Alterssicherung

Mit der Änderung des SGB VIII (KICK) zum 01.10.2005 wurde § 39 Abs. 4 SGB VIII dahingehend ergänzt, dass nachgewiesene Aufwendungen für Beiträge zu einer Unfallversicherung sowie nachgewiesene Aufwendungen hälftig zu einer angemessenen Alterssicherung erstattet werden.

Die Erstattung von Leistungen zur Unfallversicherung werden unabhängig von der Zahl der betreuten Kinder nur einmal (2.4.1.) sowie nachgewiesene Aufwendungen hälftig zur angemessenen Alterssicherung pro Kind (2.4.2) erstattet. Wenn verschiedene Jugendämter eine Pflegefamilie belegen, dann leistet das Jugendamt die Beiträge zur Unfallversicherung, das zuerst belegt hat. Ebenso leistet es zur Hälfte die Aufwendungen zu einer angemessenen Alterssicherung für sein Pflegekind.

Werden Beiträge zur Unfallversicherung oder Alterssicherung von einem Jugendamt erstattet, müssen die Pflegeeltern dies den anderen Jugendämtern anzeigen.

Die Auszahlung des Erstattungsbetrags erfolgt mit dem monatlichen Pflegegeld. Nach Abschluss jeden Kalenderjahres ist von den Pflegeeltern unaufgefordert ein Nachweis des jeweiligen Versicherungsträgers über die geleisteten Aufwendungen vorzulegen. Geschieht dies nicht, wird die Auszahlung des Erstattungsbetrages eingestellt und nicht nachgewiesene Erstattungsbeträge zurückgefordert.

2.4.1 Unfallversicherung

Für Pflegeeltern besteht in der Vollzeitpflege keine gesetzliche Unfallversicherungspflicht. Die Erstattung einer Unfallversicherung erfolgt entsprechend der Höhe der Beiträge zur gesetzlichen Unfallversicherung. Derzeit liegt die Prämie bei 149,41 € jährlich (entspricht monatlich 12,45 €). Die Leistungen zur Unfallversicherung werden unabhängig von der Zahl der betreuten Kinder nur einmalig, aber bei Pflegeeltern ggf. beiden Pflegepersonen gewährt werden.

2.4.2 Alterssicherung

Das Kreisjugendamt Kelheim erstattet ab Januar 2006 den Pflegeeltern nachgewiesene Aufwendungen zu einer angemessenen Alterssicherung zur Hälfte. Als angemessen gilt der festgelegte Mindestbeitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung (derzeit 83,70€). Es ergibt sich daher ein maximaler Zuschussbetrag in Höhe von derzeit 41,85 € monatlich pro Kind. Dieser wird im Regelfall an die nicht berufstätige Pflegeperson ausgezahlt. Bei Pflegeeltern müssen sich die Partner entscheiden, wem die Alterssicherung zugutekommt.

Insgesamt darf jedoch die Summe der einzelnen Zuschüsse nur maximal die Hälfte der Gesamtaufwendungen für die Alterssicherung der Pflegeperson betragen.

Als Alterssicherung anerkannt wird eine freiwillige Versicherung in der gesetzlichen

Rentenversicherung oder ein privater Altersvorsorgevertrag, bei dem das Altersvorsorgekapital frühestens ab dem vollendeten 60. Lebensjahr ausgezahlt wird. Dies ist nach derzeitiger Rechtslage bei der Riester- und Rürup-Rente der Fall. Da eine spätere Kapitalisierung einer privaten Altersvorsorge vor dem 60. Lebensjahr nicht ausgeschlossen werden kann, muss auf das Ziel des Altersvorsorgevertrages zum Zeitpunkt der Aufnahme des Vollzeitpflegeverhältnisses abgestellt werden. Gleichwohl sollten nur Versicherungsverträge anerkannt werden, für die zwischen dem Versicherungsnehmer und dem Versicherer ein Verwertungsausschluss nach § 168 Abs. 3 VVG vereinbart wurde.

Der Beitrag wird nicht geleistet, wenn auf Grund der Beschäftigung als Pflegeperson Versicherungspflicht nach § 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI besteht.

Die Anrechnung von Kindererziehungszeiten für Pflegepersonen nach § 56 SGB VI bleibt bei der Erstattung von nachgewiesenen Aufwendungen zu einer angemessenen Alterssicherung unberücksichtigt.

2.5 Wechsel der Altersstufen

Erreicht der junge Mensch die nächst höhere Altersstufe, ist die neue Pflegepauschale ab dem Ersten dieses Monats zu gewähren.

2.6 Kostenbeitrag bei eigenem Einkommen des jungen Menschen

Bezieht ein junger Mensch Einkommen aus einem Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnis, hat er einen angemessenen Kostenbeitrag zu leisten im Sinne der §§ 92, 94 Abs. 6 SGB VIII. Der Kostenbeitrag kann entweder durch direkte Zahlung an das Jugendamt oder durch Verminderung der Pflegepauschale realisiert werden. Die Verminderung der Pflegepauschale wird vorrangig verfolgt.

2.7 Anderweitiger Aufenthalt des Pflegekindes; Beendigung des Pflegeverhältnisses

Bei einem anderweitigen Aufenthalt des Pflegekindes im Internat oder in einer anderen stationären Einrichtung (z.B. für Behinderte, Berufsbildungswerken, KJP), deren Kosten als Maßnahme des Jugendamtes von diesem oder von einem anderen Kostenträger geleistet werden, wird die Pflegepauschale nach Nr. 2.3 um die Tage der Abwesenheit aus der Pflegefamilie gegebenenfalls pauschal gekürzt.

Ist zusätzlich zur Hilfe nach § 33 SGB VIII eine Hilfe nach § 32 SGB VIII (Erziehung in einer Tagesgruppe) notwendig, ist der monatliche Erziehungsbeitrag regelmäßig um 30 v.H. zu kürzen. Diese Regelung gilt nur für Neufälle ab 01.04.2009.

Bei der Beendigung von Pflegeverhältnissen vor dem 15. eines Monats wird die halbe Pflegepauschale, danach der volle Monatsbetrag belassen.

2.8 Pflege durch Verwandte

Wenn Hilfe zur Erziehung gewährt werden muss, werden die Pflegeverhältnisse bei Verwandten nicht unterschiedlich behandelt, d.h. grundsätzlich wird die volle Pflegepauschale einschließlich Erziehungsbeitrag gewährt, insbesondere dann, wenn eine Beschäftigung wegen der Übernahme der Betreuung und Erziehung eines Enkelkindes aufgegeben wurde. An die Eignung von Großeltern sind dieselben strengen Anforderungen zu stellen.

Nach § 39 Abs. 4 SGB VIII kann im Rahmen einer Ermessensentscheidung bei Unterhaltsverpflichteten der monatliche Pauschalbetrag angemessen gekürzt werden. Eine solche Ermessensentscheidung stellt sich etwa, wenn Großeltern wirtschaftlich auf die

Pflegepauschale nicht angewiesen sind.⁵

2.9 Zusätzliche Leistungen

2.9.1 Pauschalierung

Zusätzliche, über den Unterhaltsbedarf nach Nr. 2.2.1 hinausgehende Leistungen werden pauschaliert bewilligt.

Der monatliche Pauschalbetrag beträgt 50,00 €. Damit sind grundsätzlich sämtliche Leistungen einer laufenden Hilfe mit folgenden Ausnahmen abgegolten:

2.9.2 Bestimmte Tatbestände

Art	Voraussetzungen	Höhe
Erstausrüstung für Möbel und Bekleidung	Einmalige Pauschale zu Beginn der Hilfe	1.500,00 €
Kindergartenbeitrag	Antrag durch die Pflegeeltern nach § 1688 BGB; Kindergartenbesuch	Teilnahmebeitrag
Weihnachtshilfe	Auszahlung erfolgt stets Anfang Dezember	7 % der Pflegepauschale der jeweiligen Altersstufe – aufgerundet auf volle Euro.
Einschulung	Einmalige Pauschale zum Schulbeginn	250,00 €

Grundsätzliches:

Die Gewährung steht im pflichtgemäßen Ermessen des Jugendamtes. Individuelle Entscheidungen bei besonders gelagerten Ausnahmefällen werden durch diese Richtlinien nicht ausgeschlossen.

2.10 Krankenhilfe

Für die Krankenhilfe gilt § 40 SGB VIII.

Schulmedizinisch nicht anerkannte Verfahren (wie z.B. Kosten von Heilpraktikern, homöopathische Arzneimittel) werden nicht finanziert.

3. Vollzeitpflege in der Form der Wochenpflege

Die monatliche Pflegepauschale für junge Menschen in Wochenpflege orientiert sich an der Vollzeitpflege. Wegen der niedrigeren Aufwendungen für den Lebensunterhalt und die Erziehung beträgt die Pflegepauschale bei

- Wochenpflege mit 5 Tagen 85 v.H. und
- Wochenpflege mit 6 Tagen 92,5 v.H. der Pflegepauschale nach Nr. 2.3.

Zusätzliche Leistungen nach § 39 Abs. 3 und 4 SGB VIII werden ungekürzt gewährt.

Bei einem anderweitigen Aufenthalt des Pflegekindes gilt Nr. 2.7 Abs. 1 entsprechend.

⁵ Zur Abgrenzung von Sozialhilfe und Jugendhilfe vgl. Bayerische Empfehlungen zur Abgrenzung der Leistungen der Jugendhilfe von den Leistungen der Sozialhilfe für Pflegekinder INFO BLJA 27/1 vom 21.01.1993; abgedruckt in: „Jugendhilferecht in Bayern“, Loseblattsammlung des Bayerischen Landesjugendamtes.

4. Sonderpflege

4.1 Grundsätze

Für besonders entwicklungsbeeinträchtigte junge Menschen und für junge Menschen mit erhöhtem Betreuungsaufwand wird der Erziehungsbeitrag nach Nr. 2.2.2, zeitlich begrenzt, angemessen erhöht. Dafür kommen besonders qualifizierte, erfahrene und fortgebildete Pflegefamilien in Betracht.

4.2 Beurteilungsmaßstäbe und Entscheidungen

Über die Erhöhung des Erziehungsbeitrags wird im Rahmen einer Fachkräfte-Konferenz entschieden.

Es ist hierbei der Diagnosebogen zu den Richtlinien des Bayerischen Landkreistags und Bayerischen Städtetags für die Vollzeitpflege nach dem SGB VIII (Bewertungsverfahren) anzuwenden. Bis zu einer Punktzahl von 35 Punkten fällt kein Zuschlag zur Pflegegeldpauschale an.

Bei Überschreitung dieser Punktezahl wird ein Zuschlag nach dem Maß der Überschreitung berechnet. Dabei wird der Grenzwert als Maßstab für die Pflegepauschale zugrunde gelegt. Für die überschreitenden Punkte wird das prozentuale Maß der Überschreitung zur Rechengrundlage genommen.

5. Bereitschaftspflege

Bereitschaftspflegeeltern, die vom Jugendamt nach § 42 SGB VIII in Obhut genommene Kinder betreuen, erhalten, wenn sie besonders qualifiziert oder erfahren sind und an Fortbildungsangeboten des Jugendamts teilnehmen, soweit vertraglich oder durch Beschluss des Jugendhilfeausschusses nicht anders geregelt, als Entschädigung für Unterhalt und erhöhten Erziehungsaufwand pro Pflegekind.

- bei bis zu 10 Tagen täglich 26,6 % des monatlichen Erziehungsbeitrags nach Nr. 2.2.2 (derzeit 93,10 €),
- bei 11 bis 60 Tagen täglich 17,4 % des monatlichen Erziehungsbeitrags nach Nr. 2.2.2 (derzeit 60,90 €).

Der Auszahlungsbetrag wird aufgerundet.

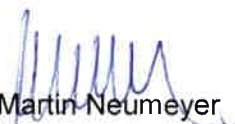
Als Bereithaltegebühr wird an die Bereitschaftspflegeeltern eine monatliche Pauschale in Höhe von 200,00 € gewährt. Alle weiteren Einzelheiten (z.B. Aufgaben, Betreuungsumfang) sind einer vertraglichen Vereinbarung mit den Bereitschaftspflegeeltern vorbehalten.

6. Inkrafttreten

Die Richtlinien treten ab 01.01.2021 in Kraft.

Gleichzeitig treten die bisherigen Richtlinien des Landkreises -Kreisjugendamt- Kelheim zur Vollzeitpflege nach dem SGB VIII vom 29.11.2019 mit Ablauf des 31.12.2020 außer Kraft.

Kelheim, den 01.12.2020


Martin Neumeyer
Landrat